PROTOKOLL

über die

Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-Niederösterreich

am: Freitag, dem 16. Dezember 1994

im Gemeinderatssitzungssaal

Beginn: 19,00 Uhr

Ende: 22,40 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister ÖkR. Franz Pruckner als Vorsitzender

Vizebürgermeister

Stadträte:

Franz EDELMAIER

Dir. Dr. Hans MITTERECKER

Johann SCHARITZER

Johann HOFBAUER

Herbert PRINZ

Dipl.-Ing. Ewald SCHWARZ

Gemeinderäte:

Rudolf ASSFALL

Franz MÜLLNER

Erich BÖHM

Karl BRUCKNER

Franz PFEFFER

Wilfried BROCKS

Erwin ENGELMAYR

Anton POLLAK

RegR. Karl HAIDER

Maria HAIDER

Dir. Franz PREISS

Rupert HAHN

Hermann HÖRNDL

Eduard SCHIMANI

Insp. Norbert LINDENBAUER

Wilhelm HOFBAUER

Friedrich SILLIPP

Ferdinand STEINER

Josef KAMPF

Mag. Andreas TEUFL

OA Dr. Johann BERGER

Ing. Roland KAPFINGER

Franz THALER

Bruno GORSKI

KmzLR. Peter KASTNER

Engelbert WAGNER

Gerhard MAYER

Entschuldigt waren:

Vbgm. Judith HOFBAUR

GR Rudolf TÜCHLER

GR Erwin ZINNER

Nicht entschuldigt waren:

Die gemeindeordnungsmäßige Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 37 Mitglieder, anwesend sind hievon 34. Die Sitzung ist daher ----- beschlußfähig.

Die Sitzung ist ----- öffentlich.

Der Bürgermeister gibt zunächst bekannt, daß TOP 33a) von der Tagesordnung

abgesetzt wird.

Erweiterung der Tagesordnung

Vor Eingang in die Tagesordnung gibt der Bürgermeister bekannt, daß folgende schriftliche Anträge auf Erweiterung der Tagesordnung vorliegen:

- a) Bürgerspitalfondsstiftung, Grundankauf;
- b) Vermietung von Wohnungen im gemeindeeigenen Feuerwehrwohnhaus Zwettl, Kremser Straße 9

Die Aufnahme vorstehender Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung wird

einstimmig genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. November 1994 lag in der Zeit vom 24. November bis 9. Dezember 1994 zur Einsichtnahme durch die Mitglieder des Gemeinderates auf. Einwendungen hiezu sind nicht eingelangt. Das Protokoll gilt somit als

genehmigt.

2. Zweiter Nachtragsvoranschlag 1994

Der Entwurf des 2. Nachtragsvoranschlages 1994 lag in der Zeit vom 2. bis 16. Dezember 1994 zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Er schließt mit folgenden Summen:

	neu	bisher
Ordentlicher Haushalt:	S 186 502 000,--	S 179 490 000,--
Außerordentlicher Haushalt:	" 85 412 000,--	" 83 184 000,--
Gesamtnachtragsvoranschlag:	S 271 914 000,--	S 262 674 000,--
=====		

Schriftliche Erinnerungen hiezu wurden nicht eingebracht.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

StR. Dr. Hans Mittrecker dankt den beamteten Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages und erläutert sodann die wesentlichen Einnahme- und Ausgabenposten.

Er weist darauf hin, daß es sich beim zweiten Nachtragsvoranschlag 1994 um den höchsten Gesamthaushalt, den höchsten ordentlichen Haushalt und den zweithöchsten außerordentlichen Haushalt mit den höchsten Zuführungen in der Geschichte der Gemeinde handelt. Auch die Gesamtverschuldung konnte niedriger veranschlagt werden als prognostiziert; und dies, obwohl wesentliche Vorhaben, wie die Neuerrichtung von Kindergärten in Zwettl und Großglobnitz, die Umgestaltung des Hauptplatzes in Zwettl, der Neubau des Hauses Schulgasse 2 sowie die Adaptierung des Bauhofes bewältigt werden konnten.

Die Verschuldung mit S 163 Millionen ist geringer als im Jahr 1985.

Die Darlehensaufnahmen von S 33 Millionen sind zwar hoch, sind aber ebenfalls um S 7 Millionen geringer als ursprünglich präliminiert; an Schulden konnten S 42 Millionen zurückgezahlt werden, was ein Beweis für den straffen Budgetvollzug und die Disziplin in der Finanzpolitik ist. Von den Schulden sind nur 16 % mit 7 % und mehr verzinslich, Schulden in der Höhe von S 130 Millionen müssen nur bis zu max. 3 % verzinst werden. Wenn die Verschuldung aller Gemeinden in den letzten Jahren um S 90 Milliarden zugenommen hat, so hat Zwettl im selben Zeitraum Schulden abgebaut, wobei in diesem Zeitraum eine Summe von S 1,2 Milliarden über das Budget abgewickelt wurde. Hievon wurden insgesamt S 228,6 Millionen für Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft, S 121,6 Millionen für Soziales und Gesundheit, S 118,8 Millionen für Schulen und Kindergärten, S 114,7 Millionen für den Straßenbau, S 34,9 Millionen für Gemeindehäuser, S 16,6 Millionen für den Bauhof, S 20,2 Millionen für Kunst und Kultur, S 24,4 Millionen für Subventionen und Wirtschaftsförderung, S 25,5 Millionen für Feuerwehr und S 24,3 Millionen für Sportanlagen aufgewendet; insgesamt S 140 Millionen konnten an den außerordentlichen Haushalt zugeführt werden; an Darlehen wurden S 93 Millionen Kapitaltilgung und S 25 Millionen Zinsen zurückgezahlt.

GR RegR. Karl Haider weist darauf hin, daß diese positive Entwicklung nicht nur auf die gute wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist, sondern daß die Gemeindebürger fleißig gearbeitet haben, um ihre Abgaben bezahlen zu können. Der Nachtragsvoranschlag 1994 bringt aber ein erfreuliches Ergebnis, weshalb die SPÖ-GR-Fraktion ihre Zustimmung erteilen wird.

Kritisch zu bemerken ist, daß die Ortsbildpflege um S 800 000,-- aufgestockt wurde, daß für Umwelt-

./.

schutz nur S 100 000,-- vorgesehen sind, daß die Mittel für die Verbesserung des Straßenverkehrs von S 500 000,-- auf S 200 000,-- gesenkt wurden, obwohl es viele verbesserungswürdige Situationen und Gefahrenstellen gibt und daß auch die Betriebsförderung um S 600 000,-- reduziert wurde; es gibt keine Betriebsgrundstücke und die Wirtschaftsförderung ist mangelhaft; die Gemeinde sollte auf diesem Sektor mehr tätig sein.

Zu kritisieren sind auch die Rücklagen bei der Abfallwirtschaft, die darauf zurückzuführen sind, daß die Gemeinde bisher die Gebühren in unverschämter Höhe eingehoben hat.

Bei der Hauptplatzgestaltung ist auffällig, daß, obwohl im Vorjahr fast S 8 Millionen aufgewendet wurden, nun auch im zweiten Nachtragsvoranschlag wieder eine weitere Summe von S 9 Millionen enthalten ist. Wenn die Gesamtausgaben tatsächlich nur S 12 Millionen betragen, so hätte diese Summe angepaßt werden sollen; der Rechnungsabschluß wird aber Aufschluß über die wahre Höhe der Kosten bringen.

Zu den Schulden ist zu bemerken, daß auch die Leasingrate zum Schuldenstand hinzuzuzählen ist, worauf gerne vergessen wird.

GR Dr. Johann Berger findet es ebenfalls als erfreulich, daß die Bevölkerung von Zwettl einen so günstigen Voranschlag erwirtschaftet hat; dies hat aber auch dazu geführt, daß Ausgaben getätigt wurden, die gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag bei weitem überschritten wurden, wie z.B. beim Straßenbau, wo sich die Ausgaben von S 8,5 Millionen auf S 15,5 Millionen erhöht haben. Man fragt sich, wo hier die Sparsamkeit bleibt. Es ist wohl richtig, daß zum ökologischen Aufwand auch die Kosten der Abwasserbeseitigung und der Abfallwirtschaft zu rechnen sind, diese Aufwendungen sind aber selbstverständlich und kein freiwilliger Aufwand der Gemeinde, sodaß sie nicht als besondere Leistung der Gemeinde hervorgekehrt werden können. Dem ökologischen Willen der Gemeinde wird im übrigen vom Budget ganz wenig Rechnung getragen; die Gemeinde ist nicht einmal dem Antrag des Bürgerforums, dem Klimabündnis beizutreten, nachgekommen, obwohl dies der Gemeinde keinen Schilling gekostet hätte.

Da im Voranschlag aber keine größeren rechnerischen Fehler enthalten sind und er insgesamt als erfreulich bezeichnet werden kann, wird das Bürgerforum seine Zustimmung erteilen.

In der weiteren Debatte nehmen der Bürgermeister und StR. Dr. Hans Mitterecker zu den einzelnen Ausführungen der Vorredner Stellung, wobei vor allem über Wirtschaftsförderung, Straßenbau, diskutiert wird.

Sodann wird der zweite Nachtragsvoranschlag 1994

einstimmig genehmigt.

3. Voranschlag 1995

Der Entwurf des Voranschlages für das Haushaltsjahr 1995 lag in der Zeit vom 2. bis 16. Dezember 1994 zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Er schließt mit folgenden Summen:

Ordentlicher Haushalt:	S 160 285 000,--
Außerordentlicher Haushalt:	" 52 682 000,--
Gesamtvoranschlag 1995:	S 212 967 000,--
=====	

Schriftliche Erinnerungen hiezu wurden nicht eingebracht.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

StR. Dr. Hans Mitterecker referiert zum Voranschlag und weist darauf hin, daß dieser Voranschlag des kommenden Jahres die eher unerfreuliche mittelfristige Entwicklung bei den höheren Gebietskörperschaften widerspiegelt, deren Leistungen gegenüber den Kommunen immer geringer, deren Abgabeforderungen aber immer höher werden. Die Gemeinde gerät so in eine unverschuldete Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben, es muß daher ein Umdenken stattfinden und gewisse Anspruchshaltungen müssen zurückgenommen werden. Da die Gemeinde aber in guten Jahren gespart hat, verfügt sie noch über die Möglichkeit, in der Problemphase zuzulegen; dennoch war die Erstellung des vorliegenden Voranschlages schwierig, da es keinerlei Prognosen für die Ansätze in der Gruppe 9 gab; es wurden daher meist die Summen aus dem Jahr 1994 übernommen. Aus den Vorjahren gab es keine Fehlbeträge, aber auch keine nennenswerten Sollüberschüsse und auch die Gemeindecinnahmen mußten als stagnierend angenommen werden. Der Gesamthaushalt weist eine Höhe wie in den Jahren 1990 und 1992 auf, Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt sind nur in einer Höhe von S 6,5 Millionen vorgesehen, d.s. 4,1 % des ordentlichen Haushaltes.

Vorsicht bei der Budgeterstellung gebietet auch der Dezember-Termin, wobei zu hoffen ist, daß sich die Situation so wie in den vergangenen Jahren günstiger entwickelt, als vorher angenommen. Der vorliegende Voranschlag ist ein solider Entwurf, der den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trägt; aufgrund der Sparsamkeit in der Vergangenheit ist Gewähr gegeben, daß in Zukunft trotzdem noch Spielraum für die Lösung der heranstehenden Probleme, wie der Abwasserbeseitigung, der Lösung des innerstädtischen Verkehrs oder des Krankenhauszubaues bleibt, ohne einen Vorgriff auf die nächste Generation tätigen zu müssen.

GR RegR. Karl Haider sieht die allgemeine Entwicklung nicht so negativ und betont, daß ein gewisser Wirtschaftsaufschwung zu bemerken ist, was aus der Situation der Arbeitsmarktverwaltung zu ersehen ist. Dennoch ist Sparsamkeit angesagt und die Gemeinde wird sich in Hinkunft eher auf die eigenen Einkünfte verlassen müssen und nicht darauf, was von dritter Seite zufließt. Umsomehr ist daher eine ordentliche und sinnvolle Wirtschaftspolitik wichtig. Am vorliegenden Voranschlag aufklärungsbedürftig ist, warum die Ausgaben bei sozialer Wohlfahrt auf Null reduziert wurden; bemerkenswert ist weiter die Erhöhung der Bezüge der Organe von S 2,5 Millionen auf S 3,8 Millionen sowie die Erhöhung der Ausgaben für Verwaltung, was der angesagten Sparsamkeit zuwiderläuft. Auch die mit S 2 Millionen präliminierte Industrieförderung ist eher dürftig und es ist zu hoffen, daß wenigstens dieser Betrag der Wirtschaft zugeführt werden kann.

Problematisch ist auch, daß wieder erhebliche Mittel für diverse Wassertransporte in den Katastralgemeinden vorgesehen werden mußten und auch der Stadtsaal bringt ein nicht unbeträchtliches Defizit mit sich.

Der Schuldenstand beträgt entgegen den Ausführungen des Finanzstadtrates nahezu S 200 Millionen, da richtigerweise auch die Leasingraten für die Feuerwehrzentrale den Schulden zuzurechnen sind. Dennoch signalisiert der vorliegende Voranschlag eine gute Entwicklung und die SPÖ-GR-Fraktion wird daher ihre Zustimmung erteilen.

GR Dr. Johann Berger kritisiert, daß beim Vorhaben Kläranlage Großglobnitz bereits Gebühreneinnahmen vorgesehen sind, was nicht sinnvoll erscheint, solange die Anlage nicht fertiggestellt ist.

Die zu erwartenden Einnahmen von S 2 Millionen an Strafgeldern sollten für die Lösung von Verkehrsproblemen zweckgebunden werden, der Voranschlag sieht hier nur dürftige S 50 000,-- für Konzepte vor.

Aufklärungsbedürftig ist auch, woraus sich die Erhöhung der Bezüge der Organe in der Höhe von S 400 000,-- errechnet.

Der Bürgermeister stellt zu den Wassertransporten fest, daß dieses Problem teilweise bereits gelöst wurde und in Zukunft hoffentlich durch weitere NÖSIWAG-Anschlüsse auch für andere Katastralgemeinden gelöst werden kann.

Die Einnahmen für die Abwasserbeseitigungsanlage Großglobnitz wurden deshalb vorgesehen, weil die Anschlußabgaben auf sieben Jahresraten aufgeteilt werden sollen und einige Raten bereits im vorhinein eingehoben werden können.

Nach einer weiteren kurzen Debatte, an der sich auch StR. Dr. Hans Mitterecker und GR Franz Preiß beteiligen, wird der Voranschlag 1995

einstimmig genehmigt.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die Gemeinderatssitzung für eine Pause von zehn Minuten unterbrochen.

4. A.ö. Krankenhaus, Umbau und Erweiterung, Genehmigung der Zielplanung, Grundsatzbeschluß für die Durchführung (Zl. 550-1)

Die für die Erweiterung des a.ö. Krankenhauses Zwettl in Auftrag gegebene Zielplanung konnte nun abgeschlossen werden und wurde am 17. November 1994 nach eingehender Diskussion vom Baubeirat genehmigt.

Das Baubeiratsprotokoll samt den dazugehörigen Beilagen wurde den Fraktionen übermittelt und bildet einen Bestandteil dieses Protokolls.

Der Stadtrat beantragt,

- a) die vorliegende Zielplanung zu genehmigen,
- b) den Grundsatzbeschluß für die Verwirklichung der ersten Etappe der Zielplanung zu fassen und

c) die Erklärung abzugeben, daß die Gemeinde bereit ist, alle damit verbundenen Finanzierungsanteile und Kosten gemäß den derzeit geltenden Finanzierungsschlüsseln zu tragen.

Der Bürgermeister begrüßt Herrn Arch. Dipl.-Ing. Ernst Maurer und dieser erläutert dem Gemeinderat die vorliegende Zielplanung.

GR Erich Böhm erklärt, daß grundsätzlich gegen den Umbau und die Erweiterung des Krankenhauses keine Bedenken bestehen, ein Wermutstropfen ist nur, daß die bauliche Erweiterung in Richtung Patientenpark erfolgt und daher hinsichtlich des bisherigen Sanatoriumscharakters eine Qualitätsminderung eintritt. Weiters wird die Frage gestellt, ob ein Hubschrauberlandeplatz noch möglich ist.

StR. Johann Hofbauer und Arch. Dipl.-Ing. Ernst Maurer beantworten diese Fragen dahingehend, daß ein Patientengarten nach wie vor möglich sein wird, da nicht ganz so viel Fläche zusätzlich verbaut wird, als die Gemeinde zugekauft hat; ein Hubschrauberlandeplatz ist nach wie vor möglich.

GR Dr. Johann Berger stellt fest, daß seines Wissens die Frage, ob die Orthopädie im Neubau untergebracht wird, noch ungeklärt ist.

Arch. Dipl.-Ing. Ernst Maurer beantwortet dies dahingehend, daß es von einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung abhängig ist, welche Abteilung in den Neubau ausgelagert wird. Für den derzeitigen Planungsstand ist diese Frage nicht von Bedeutung, weil sich weder am Bauvolumen, noch an den Kosten etwas ändert.

StR. Johann Hofbauer berichtet ergänzend, daß bei der derzeitigen Kostenschätzung und dem derzeitigen Finanzierungsmodus auf die Gemeinde ein Anteil von S 43 Millionen entfallen würde.

GR Dr. Johann Berger stellt den Antrag, über die Punkte a), b) und c) gesondert abzustimmen; das Bürgerforum ist nur dann bereit, Pkt. c) zuzustimmen, wenn gleichzeitig eine Erklärung abgegeben wird, wie das Vorhaben finanziert werden soll, welche Vorstellungen hinsichtlich der Bedeckung bestehen und wo gespart werden soll. Der geschätzte Kostenanteil der Gemeinde ist nicht mehr als eine Vision.

Der Bürgermeister und StR. Dr. Hans Mitterecker stellen hiezu fest, daß ein Finanzierungsplan derzeit nicht möglich ist, da noch nicht einmal über den Zeitpunkt des Baubeginnes eine Aussage getroffen werden kann. Beim heutigen Beschluß handelt es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluß, dessen Bestandteil auch eine Erklärung ist, daß die Gemeinde ihren Finanzierungsanteil übernehmen wird. Dieser Grundsatzbeschluß dient dazu, um an das Land Niederösterreich heranzutreten, damit das Vorhaben im sogenannten Kommunalgipfel behandelt wird. Dieser Beschluß bindet die Gemeinde in keiner Weise, da die tatsächliche Durchführung weiteren Gemeinderatsbeschlüssen vorbehalten ist.

GR Gerhard Mayer stellt die Frage, welches Vorhaben der Gemeinde wichtiger ist, der Krankenhauszubau oder das Parkdeck.

Der Bürgermeister erklärt, daß für die Gemeinde beide Vorhaben gleich wichtig sind, daß aber das eine Vorhaben mit dem anderen nichts zu tun hat; wer daher gegen einen Teil des beantragten Beschlusses stimmt, stimmt auch gegen das Gesamtvorhaben.

GR Dr. Johann Berger betont, daß das Bürgerforum zu dem Grundsatzbeschluß im Sinne der Punkte a) und b) des Antrages steht, gleichzeitig aber auch verlangt, daß hinsichtlich der Finanzierung Prioritäten gesetzt werden; da keine Vorstellungen über die Finanzierung vorliegen, kann dem Pkt. c) nicht zugestimmt werden.

Der Bürgermeister stellt hiezu nochmals fest, daß jene Gemeinderäte, die bei Pkt. c) nicht zustimmen, auch verhindern wollen, daß das Vorhaben im Kommunalgipfel behandelt wird.

Sohin wird über die Punkte a) bis c) getrennt abgestimmt. Die Antragspunkte a) und b) werden einstimmig genehmigt, Pkt. c) wird mit 3 Gegenstimmen angenommen.

5. Bericht des Prüfungsausschusses (Zl. 014-1)

Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 28. November 1994 über die im Stadtamt Zwettl durchgeführte Kassen- und Gebarungskontrolle wurde samt der Stellungnahme des Bürgermeisters den Fraktionen übermittelt.

Der Stadtrat beantragt die Kenntnisnahme.

Zur Kenntnis genommen.

6. KG Jahnings und Merzenstein, Grundstücksankäufe für die Errichtung von Buswartehäusern (Zl. 120-21)

Der Stadtrat beantragt, für die Errichtung von Buswartehäusern in Jahnings und Merzenstein folgende Grundflächen anzukaufen:

- a) In Merzenstein eine Teilfläche des Grundstücks Parz.Nr. 47/2 der EZ 10 im Ausmaß von 53 m² zum Kaufpreis von S 30,--/m², daher insgesamt S 1590,--, Eigentümer Josef HAHN, 3911 Merzenstein 10;
- b) in Jahnings eine Teilfläche des Grundstücks Nr. 976/1 im Ausmaß von ca. 100 m² zum Pauschalpreis von S 5000,--, Eigentümer Andreas KURZ, 3910 Jahnings 9.

Alle mit der Vermessung, dem Kauf und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten hat die Gemeinde zu tragen.

Einstimmig beschlossen.

7. Subventionen an Feuerwehren (Zl. 163-0)

Der Stadtrat beantragt, den Freiw. Feuerwehren der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ für das Jahr 1994 folgende Zuschüsse zu gewähren:

Eschabruck	S 10 000,--	Merzenstein	S 10 000,--
Friedersbach	" 14 000,--	Mitterreith	" 10 000,--
Germanns	" 10 000,--	Moidrams	" 12 000,--
Gerotten	" 10 000,--	Oberstrahlbach	" 15 000,--
Gradnitz	" 10 000,--	Rieggers	" 13 000,--
Großglobnitz	" 19 000,--	Dorf Rosenau	" 10 000,--
Großhaslau	" 11 000,--	Schloß Rosenau	" 18 000,--
Gschwendt	" 10 000,--	Rudmanns	" 12 000,--
Hörmanns	" 10 000,--	Stift Zwettl	" 15 000,--
Jagenbach	" 15 000,--	Unterrabenthan	" 10 000,--
Jahnings	" 13 000,--	Uttissenbach	" 10 000,--
Kleinschönau	" 10 000,--	Wolfsberg	" 10 000,--
Marbach am Walde	" 15 000,--		

Einstimmig beschlossen.

8. Freiw. Feuerwehr Zwettl Stadt, Subventionsgewährung (Zl. 163-0)

Der Stadtrat beantragt die Gewährung folgender Subventionen an die Freiw. Feuerwehr Zwettl Stadt:

- a) Die jährliche Subvention für das Jahr 1995 in der Höhe von S 380 000,--: sie soll wegen des laufenden Finanzbedarfes bereits im vorhinein gewährt werden, u.zw. in zwei gleichen Teilbeträgen Ende Jänner und Ende Juli 1995;
- b) eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 20 000,-- zur Ausfinanzierung von bereits angekauften 20 neuen Feuerwehrereinsatzhelmen.
Dieser Ankauf wurde notwendig, da der Großteil der Mannschaft mit durchschnittlich 20 bis 40 Jahre alten Helmen ausgestattet ist.

Einstimmig beschlossen.

9. Freiw. Feuerwehr Moidrams, Umbau des Feuerwehrhauses (Zl. 163-2)

Da in den Feuerwehrgaragen in Moidrams kein Aufenthaltsraum und keine sanitäre Anlagen vorhanden sind, ist ein Umbau dringend erforderlich. Laut Kostenschätzung der techn. Bauabteilung würden die Gesamtkosten ca. S 217 000,-- inkl. USt. betragen. Durch Eigenregiearbeiten verringert sich jedoch diese Summe auf rund S 87 000,-- inkl. USt.

Der Stadtrat beantragt, der Freiw. Feuerwehr Moidrams einen finanziellen Zuschuß zum Umbau des Feuerwehrhauses in Höhe von S 60 000,-- zu gewähren.

Einstimmig beschlossen.

10. Union Zwettl Sektion Tennis, Sanierungsmaßnahmen der Tennisanlage; Subventionsansuchen (Zl. 265)

Die Sportunion Zwettl errichtete 1981 eine Tennisanlage mit fünf Sandplätzen und 1982/83 das Klubhaus. Der derzeitige Zustand (desolate Dusch- und WC-Anlagen, Schimmelbildung in allen Räumen) kann den ca. 250 Mitgliedern und den vielen tennisspielenden Urlaubern nicht mehr zugemutet werden. Laut den vorliegenden Kostenvoranschlägen muß für die Sanierungsmaßnahmen mit Kosten von ca. S 1,5 Millionen gerechnet werden. Da diese Summe nicht aus dem Spielbetrieb und den Mitgliedsbeiträgen erwirtschaftet werden kann, ersucht die Tennis- und Sportunion Zwettl um eine Subvention.

Der Stadtrat beantragt, der Turn- und Sportunion Zwettl, Sektion Tennis, für die Sanierungsarbeiten am Tennisgelände eine Subvention in Höhe von S 400 000,-- zu gewähren. Hievon sollen heuer S 200 000,-- und 1995 ebenfalls S 200 000,-- ausbezahlt werden.

Über Anfrage von GR Erich Böhm wird seitens des Bürgermeisters festgestellt, daß die Subventionsauszahlung nur gegen Rechnungsvorlage erfolgt.

Der Antrag wird somit

einstimmig beschlossen.

11. KG Gerotten, Anerkennung des Dorferneuerungsplanes (Zl. 364)

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Mai 1993, TOP 14a, wurde das Planungsteam Arch. Dipl.-Ing. Reinhold Herout und Dipl.-Ing. Eleonore Kleindienst, Paul Ehrlich-Gasse 7, 1190 Wien, mit der Erstellung der Hauptplanung für die KG Gerotten beauftragt.

Nach Fertigstellung wurde der Dorferneuerungsplan für den Ort Gerotten vom Steuerungskomitee beim Amt der NÖ Landesregierung fachlich begutachtet und in seiner Sitzung vom 7. November 1994 anerkannt. Der vorliegende Dorferneuerungsplan stellt eine gute Grundlage für die Weiterführung der Dorferneuerungsaktion und die Verwirklichung einzelner Maßnahmen dar.

Für die Auszahlung der mit Schreiben vom 18. Jänner 1994, Zl.: R/2-D-804/072, seitens der NÖ Landesregierung bewilligten Planungsförderung von S 131 633,-- an die Stadtgemeinde Zwettl-NÖ wäre der Nachweis der Annahme des Dorferneuerungsplanes durch den Gemeinderat erforderlich.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Dorferneuerungsplanes.

Einstimmig genehmigt.

12. Stadtarchiv Zwettl, Restaurierung von Schriften (Zl. 361)

Zur Vermeidung drohenden Substanzverlustes war es dringend erforderlich, schwerbeschädigte Schriftstücke aus dem Zwettler Stadtarchiv, nämlich ein Missivprotokoll der landesfürstlichen Stadt Zwettl von 1755/56 sowie vier Seiten der "Artikel für die bürgerlichen Webermeister" zu restaurieren.

Die Kosten betragen laut Rechnung von Dr. Bettina Dräxler und Mag. Ulrike Ertl vom 27. Oktober 1994 S 36 120,-- inkl. USt.

Der Stadtrat beantragt die nachträgliche Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

13. Dorferneuerungs- und Verschönerungsverein Marbach am Walde, Ankauf von Stapelstühlen für den Körnerkasten, Subventionsgewährung (Zl. 363)

Der Stadtrat beantragt die Gewährung einer Subvention in der Höhe von S 72 000,-- im Jahr 1995 zum Ankauf von Stapelstühlen, die der Dorferneuerungs- und Verschönerungsverein Marbach am Walde bereits zum Gesamtpreis von S 77 936,-- angekauft hat.

GR Dr. Johann Berger fragt an, warum diese Anschaffung notwendig war, da ohnedies erst vor kurzem Stapelstühle angeschafft wurden.

StR. Herbert Prinz antwortet, daß die seinerzeitige Anschaffung für Veranstaltungen des Stadtsaales erfolgte. Aus wirtschaftlichen Gründen und im Hinblick auf den Arbeitsaufwand und die Abnutzung erscheint es nicht sinnvoll, die Sesseln immer zwischen Zwettl und Rottenbach hin- und herzutransportieren.

Der Antrag wird somit

einstimmig beschlossen.

14. Vergabe von Subventionen an Vereine und Organisationen (Zl. 369)

Der Stadtrat beantragt, an nachstehende Vereine und Organisationen folgende Subventionen für das Jahr 1994 zu vergeben:

Turn- und Sportunion Zwettl (inkl. Sektionen Tennis, Volleyball, Handball, Bogenschützen, Karate und Leichtathletik ...)	S 80 000,--	
Union Oberstrahlbach	" 5 000,--	
USC Friedersbach	" 5 000,--	
Union Großglobnitz	" 5 000,--	
NÖ Naturwacht	" 5 000,--	
Alpenverein	" 5 000,--	
Naturfreunde	" 5 000,--	
Pfadfinder Zwettl	" 5 000,--	
Theatergruppe Zwettl	" 25 000,--	
Bildungshaus Stift Zwettl	" 45 000,--	
Volkshochschule Zwettl	" 15 000,--	
Musikverein C.M. Ziehrer	" 20 000,--	
Budo-Center-Waldviertel	" 4 000,--	
Singkreis Zwettl	" 5 000,--	
SC Zwettl	" 300 000,--	
Turn- und Sportunion Zwettl	" 63 000,--	
SC Zwickl Zwettl	" 5 000,--	
Schachklub Zwettl	" 5 000,--	
Pfadfinder Stift Zwettl	" 3 000,--	
Österr. Turnverein	" 3 000,--	
Museumsverein Zwettl	" 70 000,--	
Hauptschulgemeinde Zwettl	" 59 000,--	
Eissportverein Zwettl	" 61 000,--	
Turn- und Sportunion Rudmanns	" 64 000,--	
Jeunesse Zwettl	" 45 000,--	
Musikverein Marbach am Walde	" 12 000,--	
Trialclub Schleifgraben	" 3 000,--	
Wanderreitzentrum Waldviertel	" 3 000,--	
Reit- und Fahrverein Union Schloß Rosenau	" 10 000,--	
RRC Kosmo Piloten	" 5 000,--	
Union Tennisclub Marbach am Walde	" 5 000,--	<u>Einstimmig beschlossen.</u>

15. Vergabe von Subventionen an den Kriegsopfer- und Behindertenverband und Pensionistenverbände (Zl. 416, 429-0)

Der Stadtrat beantragt die Gewährung von nachstehenden Subventionen:

Kriegsopfer- und Behindertenverband Zwettl	S 5000,--	
NÖ Seniorenbund, Stadtgruppe Zwettl	" 3000,--	
Pensionistenverband, Ortsgruppe Zwettl	" 3000,--	
Pensionistenverband, Ortsgruppe Rosenau Schloß	" 1000,--	
NÖ Seniorenbund, Ortsgruppen Friedersbach, Großglobnitz, Jagenbach, Oberstrahlbach, Riegers, Rudmanns und Zwettl Stadt (Jahrings-Rosenau) je	S 1000,--	<u>Einstimmig beschlossen.</u>

16. Zwettler Hilfswerk, Sozialstation Zwettl; Subventionsansuchen (Zl. 429-0)

Das Zwettler Hilfswerk ersuchte mit Schreiben vom 9. November 1994 für das 3. Quartal 1994 (Zeitraum Juli - September) um Aufstockung der derzeit von der Gemeinde geleisteten Subvention in der Höhe von S 10,--/Einsatzstunde auf S 15,--/Einsatzstunde, wobei der Subventionsbetrag bei 4348 Einsatzstunden nun S 65 220,-- betragen würde.

Im Hinblick darauf, daß bei den anderen Gemeinden des Bezirkes noch keine einheitliche Vorgangsweise besteht, beantragt der Stadtrat, vorerst weiterhin eine Subvention in der Höhe von S 10,--/Einsatzstunde zu gewähren und somit für das 3. Quartal 1994 einen Betrag von S 43 480,-- zu überweisen. Einstimmig beschlossen.

17. Förderung von Solaranlagen (Zl. 529)

Nachstehend angeführte Ansuchen um Gewährung einer Förderung zur Anschaffung von Solaranlagen liegen vor:

- a) Ewald SIEGL, 3910 Jahrings 2 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 48 978,05; der Zuschuß beträgt daher S 9795,61.
- b) Erwin HUBER, 3931 Rieggers 3 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen im Selbstbau S 15 946,74; der Zuschuß beträgt daher S 4189,34.
- c) Werner ENGELHART, 3924 Unterrosenauerwald 50 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für drei Wohnungen betragen im Selbstbau S 48 905,06. Es ergeben sich daraus förderbare Anschaffungskosten für zwei Wohnungen in Höhe von S 32 603,37; der Zuschuß beträgt daher S 7520,67.
- d) Karl und Ingeborg WIDHALM, 3910 Großglobnitz 112 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 23 049,60; der Zuschuß beträgt daher S 4609,92.
- e) Alfred und Hermine WAGNER, 3910 Germanns 9 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 30 927,60; der Zuschuß beträgt daher S 5000,-- (Höchstbetrag).
- f) Karl WINKLER, 3931 Rosenau Dorf 4 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 27 900,--; der Zuschuß beträgt daher S 5000,-- (Höchstbetrag).
- g) Josef SCHNEIDER, 3923 Jagenbach 60 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 65 280,--; der Zuschuß beträgt daher S 5000,-- (Höchstbetrag).
- h) Andreas HUBER, 3931 Rieggers 3 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung in Rieggers 82 betragen im Selbstbau S 14 551,32; der Zuschuß beträgt daher S 3910,26.
- i) Erwin MÜLLER, 3910 Koblhof 7 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 45 684,--; der Zuschuß beträgt daher S 5000,-- (Höchstbetrag).
- j) Erich THALER, 3923 Jagenbach 19 ✓
Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 39 168,--; der Zuschuß beträgt daher S 7833,60.

Die Ansuchen wurden geprüft und entsprechen den Richtlinien des Gemeinderates. Die Deckung ist im Nachtragsvoranschlag gegeben.

Einstimmig beschlossen.

18. A.ö. Krankenhaus, Voranschlag 1995 (Zl. 550-3) ✓

Der Voranschlag des a.ö. Krankenhauses Zwettl für das Haushaltsjahr 1995 sieht folgende Summen vor:

	Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	+mehr/-weniger gegenüber Vorjahr in %	Rechnungsabschluß 1993
Personalaufwand:	174 297 000	154 263 000	20 034 000 (12,98)	142 547 000
Anlagen:	9 305 000	11 413 000	- 2 108 000 (-18,48)	9 010 000
Sachaufwand:	100 289 000	90 250 000	10 039 000 (11,12)	90 289 000
Summe des Aufwandes:	283 891 000	255 926 000	27 965 000 (10,92)	241 846 000
Ertrag:	113 838 000	103 386 000	10 452 000 (10,10)	122 959 000
Betriebsabgang:	170 053 000	152 540 000	17 513 000 (11,48)	118 887 000
=====				
Patienten-Pflegetage:	88 000	88 000	---	96 432
Pflegegebühr:	2 943	2 680	263 (9,81)	2 525
Pflegegebühr-Ersatz:	1 030	965	65 (6,73)	1 010

Eine Ausfertigung des Voranschlages ergeht an die Fraktionen.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

StR. Johann Hofbauer berichtet, daß der Voranschlagsentwurf bis 12. September 1994 dem Land vorzulegen war und alle Spitalserhalter zu einer Voranschlagsbesprechung eingeladen wurden. Auch heuer wurden bei sämtlichen Krankenhäusern Abstriche gemacht, auch beim Krankenhaus Zwettl.

Er erläutert sodann die einzelnen Voranschlagssummen; die Steigerung des Personalaufwandes um 12,98 % ergibt sich durch zehn zusätzliche Dienstposten, der Vorgabe von 2 % allgemeiner Gehaltserhöhung und von den üblichen Vorrückungen. Vom Land wurde ein Turnusarzt gestrichen und der Personalaufwand um insgesamt S 1,2 Millionen reduziert.

./.

Gestrichen wurde auch ein Teilbetrag bei den Anlagen, so wurde vom Land verfügt, daß eines der beiden vorgesehenen Ultraschallgeräte erst 1995 angekauft werden darf.

Beim Sachaufwand, dessen Steigerung vor allem bei den Mitteln für die ärztliche Betreuung zu suchen ist, wurden ebenfalls S 2 Millionen gestrichen.

Der Pflegekostensersatz der Sozialversicherungsanstalten beträgt nur mehr 35 % (wurde um 1 % reduziert), der Betriebsabgang beträgt insgesamt S 170 Millionen, was eine Steigerung von 11,48 % bedeutet.

Unter der Annahme, daß der KRAZAF nach wie vor die bisherigen Zuschüsse leistet, würde der Gemeindeanteil am Betriebsabgang ca. S 22,4 Millionen betragen.

Der Verwaltung des Krankenhauses und insbesondere dem Verwaltungsdirektor wird für die Voranschlagserstellung gedankt.

Der Voranschlag des Krankenhauses für das Jahr 1995 wird somit

einstimmig genehmigt.

19. NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheim Zwettl, Ambulatorium zur Frühförderung behinderter Kinder und Jugendlicher und zur allgemeinen Rehabilitation; Vorvertrag (Zl. 552)

Aufgrund von Vorgesprächen mit dem Bundesland Niederösterreich ist es möglich, im neuen Landespflegeheim ein Ambulatorium zur Frühförderung behinderter Kinder und Jugendlicher und zur allgemeinen Rehabilitation zu errichten.

Das NÖ Hilfswerk hat mit Schreiben vom 29. September 1994 seine Bereitschaft bekundet, als Träger für dieses Ambulatorium aufzutreten und es nach Fertigstellung zu betreiben. Die Gemeinde hätte die Räume zu mieten und einen Teil an Errichtungskosten (S 3,5 Millionen) beizutragen, die wie folgt finanziert werden.

S 1,6 Millionen hätte die Gemeinde in Form einer Mietzinsvorauszahlung zu entrichten und weitere S 1,3 Millionen werden vom Land als Subvention gewährt. Der Restbetrag wäre von der Gemeinde auf die Dauer von 25 Jahren als Mietzins zu entrichten.

Hinsichtlich des Mietverhältnisses zwischen Land und Gemeinde wurde vom Land ein Vorvertrag übermittelt, der nunmehr vom Gemeinderat genehmigt werden soll. Ein Vertragsentwurf wurde den Fraktionen übermittelt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Vorvertrages.

Über Anfrage von GR Dr. Johann Berger hält StADir. Dr. Wolfgang Meyer fest, daß laut vorliegendem Vertragsentwurf nur das NÖ Soziale Hilfswerk oder die Gemeinde als Betreiber des Ambulatoriums vorgesehen sind.

GR Dr. Johann Berger hält es für problematisch, den Kreis der künftigen Betreiber so einzuengen.

Auch der Bürgermeister schlägt vor, den Vorvertrag entsprechend zu ergänzen.

Nach kurzer Debatte, an der sich auch StR. Johann Hofbauer und GR Gerhard Mayer beteiligen, schlägt der Stadtamtsdirektor folgende Formulierung des zweiten Satzes des Pkt. 4. des Vertragsentwurfes vor:

"Das Ambulatorium kann entweder von der Untermieterin selbst, vom NÖ Hilfswerk oder einem anderen geeigneten Träger betrieben werden." ...

Der Antrag des Stadtrates mit diesem Zusatz wird somit

einstimmig genehmigt.

20. Ausbau und Korrektur der L 8239, Baulos "Gradnitz-Oberstrahlbach"; Grundablöse in der KG Gradnitz und Oberstrahlbach (Zl. 611)

Vor etwa 20 Jahren erfolgte durch die NÖ Landesstraßenverwaltung der Ausbau und die Korrektur der Landesstraße 8239, Baulos "Gradnitz-Oberstrahlbach" und es wurde nunmehr dieser Straßenzug vermarktet und vermessen.

Es wurde dabei festgestellt, daß von zwei Anrainern Grundflächen beansprucht wurden, für die seinerzeit keine Regelung der Grundablöse erfolgte.

Konkret handelt es sich dabei um die Beanspruchung von 227 m² von den den Ehegatten Franz Karl und Maria GUNDACKER, Oberstrahlbach 37, gehörigen Grundstücken Parz.Nr. 227, 228, 5177 und 5173/2 der KG Oberstrahlbach; unter Berücksichtigung der Flächenzuwächse zu deren Grundstücken Nr. 226, 227, 240, 5173/2 und 5177 im Ausmaß von 181 m² ergibt sich eine abzulösende Fläche von 46 m². Die Grundablöse soll zu einem Preis von S 10,--/m² erfolgen.

Weiters wurde eine 31 m² große Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 904/1 der Ehegatten Leopold und Maria KOPPENSTEINER, Gradnitz 21, in der KG Gradnitz beansprucht.

Hier soll eine Gegenverrechnung mit der von der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ mit Beschluß vom 16. Mai 1993 veräußerten Teilfläche des öffentlichen Gutes Parz.Nr. 1227/12 erfolgen und somit mit S 20,--/m² der gleiche Preis Anwendung finden.

Die Kosten der Grundablöse hat nach den Bestimmungen des NÖ Landesstraßengesetzes die Gemeinde zu tragen.

Der Stadtrat beantragt die Grundablöse zu einem Preis von S 10,-- bzw. S 20,--/m², somit zu einem voraussichtlichen Gesamtpreis von S 1080,-- und den Abschluß diesbezüglicher Übereinkommen zu genehmigen.

Einstimmig genehmigt.

21. Vereinbarung zwischen der NÖ Landesstraßenverwaltung (Straßenmeisterei Zwettl) und der Stadtgemeinde Zwettl über Schneeräumungsarbeiten und winterliche Glättebekämpfung auf Ortsdurchfahrtsstrecken (Zl. 611)

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Dezember 1993, TOP 20, wurde seitens der Straßenmeisterei Zwettl die organisierte Schneeräumung und winterliche Glättebekämpfung auf Ortsdurchfahrtsstraßen für 21,761 km beschlossen.

Nunmehr ist es möglich, ab der Winterperiode 1994/95 die Ortsdurchfahrt in der KG Purken (L 8252 von km 0,082 bis km 0,225, Länge 0,143 km) in den Streu- und Einsatzplan aufzunehmen. Somit werden laut der Aufstellung der Straßenmeisterei Zwettl die Schneeräumungsarbeiten sowie die winterliche Glättebekämpfung (Streudienst) auf einer Gesamtlänge von 21,904 km durchgeführt. Dafür werden laut Pkt. 5 für die Wintersaison 1994/95 anfallende Gesamtkosten von S 299 872,11 berechnet.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung der Änderung.

Einstimmig genehmigt.

22. KG Oberhof, Inanspruchnahme einer Teilfläche der Parz.Nr. 215/2 des Johann Artner, Zwettl, Dreifaltigkeitsplatz 3, für Gradnitztalweg Parz.Nr. 1096 (Zl. 612-1)

Im Zuge der seinerzeitigen Asphaltierung des von der Bundesstraße 36 abzweigenden Gradnitztalweges Parz.Nr. 1086 der KG Oberhof wurde ein Teil des dem Johann Artner, Zwettl, Dreifaltigkeitsplatz 3, gehörigen Grundstückes Parz.Nr. 215/2 beansprucht.

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 1989 wurde beschlossen, ihm auf Gemeindekosten eine Zufahrt zu seiner in diesem Bereich befindlichen Scheune herzustellen; als Gegenleistung war die Abtretung des in der Natur bereits beanspruchten Streifens des Grundstückes Parz.Nr. 215/2 an die Gemeinde vorgesehen. Dieser Beschluß konnte jedoch mangels der Zustimmung des Johann Artner nicht vollzogen werden.

Zwischenzeitlich erklärte sich die Bundesstraßenverwaltung am 30. Mai 1994 gegenüber Johann Artner niederschriftlich bereit, eine Verbesserung der Scheunenzufahrt durchzuführen. Hiefür wird jedoch eine Teilfläche des öffentlichen Gutes Parz.Nr. 1086 beansprucht.

Im Zuge der am 31. Oktober 1994 durchgeführten Nachtragsvermarkung "Gradnitzbach" bei km 62,8 der Bundesstraße 36 wurde mit Johann Artner dahingehend eine Einigung erzielt, daß ein flächengleicher Abtausch der im Vorabzug der Vermessungsurkunde des Amtes der NÖ Landesregierung vom 14. Oktober 1994, GZ: B/7-V-5200 AI, als Trennstücke "6" und "7" dargestellten Teilflächen erfolgen soll.

Der Kaufpreis für das Mehrausmaß der Beanspruchung soll S 200,--/m² betragen.

Dabei handelt es sich konkret um eine 48 m² große Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 215/2, welche dem öffentlichen Gut Parz.Nr. 1086 zugeschrieben und um eine Teilfläche im Ausmaß von 63 m² der genannten Gemeindefstraße, die an Johann Artner unter Einbeziehung in Parz.Nr. 215/3 übereignet werden soll. Der von Johann Artner zu leistende Kaufpreis beträgt demnach S 3000,--.

Die Kosten der Vermessung und grundbücherlichen Durchführung trägt das Amt der NÖ Landesregierung.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung für folgende Beschlußfassung:

- a) Der Grundtausch und -verkauf mit bzw. an Johann Artner wird genehmigt, wobei der Kaufpreis für die Flächendifferenz S 200,--/m² beträgt.
- b) Die in der Vermessungsurkunde des Amtes der NÖ Landesregierung vom 14. Oktober 1994 als Trennstück "7" dargestellte Teilfläche wird in das Eigentum der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ, öffentl. Gut der KG Oberhof, übernommen und mit Verordnung gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGBI. 8500 i.d.dzt.g.F., als Gemeindefstraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet.
- c) Gegen eine Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBI.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., besteht kein Einwand.

Einstimmig genehmigt.

23. Autobushaltestelle Jagenbach, Übernahme einer Grundfläche in das öffentliche Gut (Zl. 612-1)

Zwecks Errichtung einer Autobushaltestelle in Jagenbach wurde von Relinde WALLY, 1010 Wien, Stubenring 6/1, eine Grundfläche angekauft.

Ein Teil hievon, nämlich die in der Vermessungsurkunde des Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen Dipl.-Ing. Ewald Schwarz, Zwettl, vom 23. Februar 1993, GZ: 6595/92, als Trennstück 2 bezeichnete Fläche soll in das öffentliche Gut übernommen und als Verkehrsfläche gewidmet werden. Der Gemeinderat hätte daher folgende Verordnung zu beschließen:

" V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 16. Dezember 1994

Gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGBI. 8500-3, wird die in der Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Ewald Schwarz, Zwettl, vom 23. Februar 1993, GZ: 6595/92, als Trennstück 2 ausgewiesene Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 2614 der KG Jagenbach als Gemeindefstraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die genannte Vermessungsurkunde, die mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Stadtamt Zwettl zur Einsichtnahme auf."

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

24. Korrektur der Bundesstraße 38 "Syrnauer Kreuzung in Zwettl"; Übernahme von Teilflächen in das öffentliche Gut der Gemeinde sowie Überlassung von Teilflächen an die Republik Österreich (Zl. 612-1)

Nach Abschluß der Arbeiten zur Korrektur der Bundesstraße 38 "Syrnauer Kreuzung in Zwettl" erfolgt die Vermessung und Herstellung der Grundbuchsordnung durch das Land Niederösterreich.

Die diesbezüglichen Besitzänderungen sind in dem von der Abt. B/7 des Amtes der NÖ Landesregierung erstellten Vermessungsplanentwurf vom 18. Oktober 1994 dargestellt.

Demnach sollen zwei Teilflächen des Bundesstraßengrundes Parz.Nr. 2356/1 in den Kreuzungsbereich B 38 - Syrnauer Straße und B 38 Kremser Straße im Ausmaß von 166 m² sowie eine 6 m² große Teilfläche des dem Raiffeisen Lagerhaus Zwettl gehörenden Grundstückes Bfl. 352 der KG Zwettl Stadt kostenlos in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ übernommen werden.

Gleichzeitig soll eine 4 m² große Teilfläche des öffentlichen Gutes Parz.Nr. 2312/4 dem lagerhaus-eigenen Grundstück Bfl. 352 und eine Teilfläche im Ausmaß von 63 m² des öffentlichen Gutes der Gemeinde Parz.Nr. 2312/13 dem Bundesstraßengrund Parz.Nr. 2356/1 kostenlos zugeschrieben werden.

Die Kosten der Vermarkung, Vermessung, Erstellung der Vermessungsurkunde und grundbücherlichen Durchführung trägt die Bundesstraßenverwaltung.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

25. Ansuchen um Sondernutzung von Straßengrund (Zl. 612-2)

a) KG Guttenbrunn, Parz.Nr. 924/1 (Weg) ✓

Die EVN, Energieversorgung NÖ AG, Bezirksleitung Zwettl, beabsichtigt in der KG Guttenbrunn die Ortsnetzverkabelung.

Zur Verlegung des Niederspannungskabels ist die Aufgrabung in offener Künette, Längsführung und Querung auf der angeführten Wegparzelle, erforderlich.

Das Niederspannungskabel wird in Längsführung bzw. bei Querung senkrecht zur Straßenachse in einer Tiefe von 1 m verlegt.

Gesamtlänge ca. 320 lfm.

b) KG Ratschenhof, Parz.Nr. 286/1 (Forsthaus Ratschenhof) ✓

Das Zisterzienserstift Zwettl beabsichtigt die Verlegung eines Ablaufrohres 100 mm Durchmesser und eines Regenwasserablaufrohres 120 mm Durchmesser bei der biologischen Kläranlage des Forsthauses Ratschenhof.

Zur Verlegung ist die Aufgrabung in offener Künette, Längsführung und Querung auf der angeführten Wegparzelle erforderlich.

Die Rohre werden in Längsführung bzw. bei Querung senkrecht zur Straßenachse in einer Tiefe von 1 m verlegt.

c) KG Oberhof, Parz.Nr. 1086 (Straße) und Parz.Nr. 222/3 (Weg) ✓

Die Ehegatten Stefan und Helga Neubauer, Zwettl, Gradnitztalweg 7, beabsichtigen die Pflasterung auf öffentlichem Gut (im Randbereich der Straße) und dem Zufahrtsbereich von Garage und Wohnhaus. Dazu ist die Pflasterung im Bereich Parz.Nr. 1086 von ca 3,6 m² und im Bereich Parz.Nr. 222/3 von ca 1,6 m² erforderlich.

d) KG Niederstrahlbach, Parz.Nr. 1869/1, 1865/1 und 1714 ✓

Die EVN, Energieversorgung NÖ AG, Bezirksleitung Zwettl beabsichtigt in der KG Niederstrahlbach die Ortsnetzverkabelung.

Zur Verlegung des Niederspannungskabels ist die Aufgrabung in offener Künette, Längsführung und Querung auf den angeführten Wegparzellen erforderlich.

Das Niederspannungskabel wird in Längsführung bzw. bei Querung senkrecht zur Straßenachse in einer Tiefe von 1 m verlegt.

Gesamtlänge ca. 80 lfm.

Der Stadtrat beantragt, die angeführten Ansuchen um Sondernutzung von Gemeindestraßengrund zu bewilligen und Sondernutzungsverträge gemäß dem in der Sitzung des Gemeinderates vom 1. März 1985 genehmigten Vertragsmuster abzuschließen.

Einstimmig beschlossen.

26. Ehemaliges Tankstellenareal auf dem Neuen Markt, Parz.Nr. 2313/23 der KG Zwettl Stadt; Übernahme in das öffentliche Gut und Widmung als Verkehrsfläche (Zl. 612-5) ✓

In der Sitzung des Gemeinderates am 1. August 1994, TOP 28, wurde der Ankauf des ehemaligen Tankstellenareals der Fa. Franz Eigl Ges.m.b.H. auf dem Neuen Markt in Zwettl genehmigt.

Das Grundstück Parz.Nr. 2313/23 der KG Zwettl Stadt wurde zwischenzeitlich befestigt und wird bereits als Parkplatz für den öffentlichen Verkehr verwendet.

Das genannte Grundstück soll nun in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ übernommen und mit nachstehender Verordnung als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet werden:

" V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ vom 16. Dezember 1994

Gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes, LGB1. 8500-3, wird das Grundstück Nr. 2313/23 der KG Zwettl Stadt als Gemeindestraße dem öffentlichen Verkehr gewidmet."

Der Stadtrat beantragt die Beschlußfassung.

Einstimmig beschlossen.

27. Kreuzung Klosterstraße/Kesselbodengasse, bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (Zl. 640)

Für den Kreuzungsbereich Kesselbodengasse/Klosterstraße wurden Maßnahmen zur Verbesserung der bestehenden Verkehrssituation, insbesondere der Sichtverhältnisse der motorisierten Verkehrsteilnehmer und der Querungsmöglichkeiten für Fußgänger (Schulkinder) ausgearbeitet.

Durch die beabsichtigten baulichen Maßnahmen sollen die Sichtverhältnisse im Kreuzungsbereich und die Aufmerksamkeit der Fahrzeuglenker erhöht werden. Durch die Kombination der Gehsteigvorziehung mit dem bestehenden Schutzweg soll für die Fußgänger und Schulkinder ein Höchstmaß an Sicherheit erreicht werden.

Die ausgearbeiteten Maßnahmen begründen sich in zahlreichen Beschwerden und Anfragen seitens der Schulleitung und Elternvertretung des Institutes der Schulschwestern als präventiv Schutzmaßnahmen für die ca. 700 Schulkinder auf dem Schulweg.

Aufgrund der Dringlichkeit (Verkehrsverhandlung seitens der Bezirkshauptmannschaft Zwettl kurzfristig für 24. November 1994 anberaumt) wurde die bei der Ausschreibung der baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Schulgasse ermittelte Bestbieterfirma Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., um Vermessung bzw. um planmäßige Darstellung des Kreuzungsbereiches mit den baulichen Veränderungen ersucht und zur Anbotlegung eingeladen.

Die geplanten baulichen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer wurden im Zuge der am 24. November 1994 stattgefundenen Verkehrsverhandlung seitens des Amtssachverständigen der NÖ Landesregierung, Abt. B/4, Dipl.-Ing. Johann Lehner, positiv beurteilt.

Die Kosten betragen laut Anbot der Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Rudmanns, vom 29. November 1994 S 149 760,-- inkl. USt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung und Auftragsvergabe an die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Rudmanns.

Einstimmig genehmigt.

28. Tourismuswerbegemeinschaft Gastliches Zwettl, Gewährung eines Gemeindebeitrages (Zl. 771-0)

Die Werbegemeinschaft Gastliches Zwettl ersucht um Genehmigung eines finanziellen Beitrages für das Jahr 1995 in Höhe von S 200 000,--.

Der Nachweis über die ordnungsgemäße Verwendung des Beitrages für 1994 wird nach Erstellung des Jahresabschlusses vorgelegt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

29. Tourismusverband Waldviertel-Mitte, Zwettl, Erhöhung des Mitgliedsbeitrages (Zl. 770-0)

Der Tourismusverband Waldviertel-Mitte ersucht, den Mitgliedsbeitrag der Gemeinden ab 1. Jänner 1995 von derzeit S 7,-- auf S 10,--/Einwohner zu erhöhen und begründet das Ansuchen mit den ständig steigenden Kosten für Personal, Porto, Telefon usw. Außerdem war die letzte Erhöhung des Mitgliedsbeitrages vor etwa zehn Jahren.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

30. Änderung der privatrechtlichen Entgelte für die Entsorgung von betrieblichen Abfällen (Zl. 813)

Wie die bisherige Entsorgung der betrieblichen Abfälle gezeigt hat, halten sich die angeschlossenen Betriebe größtenteils an die Mülltrennvorschriften, sodaß die Verrechnung erhöhter Deponietarife von der Umweltschutzanstalt bisher nicht erfolgte.

Aufgrund von Einsparungen an Deponiegebühren können die privatrechtlichen Entgelte für die Entsorgung der betrieblichen Abfälle gesenkt werden und sollen ab dem Jahr 1995 wie folgt festgesetzt werden:

Müllbehälter mit	240 l Nutzinhalt	S 145,--/Entleerung	(bisher S 185,--)
"	" 1100 l "	" 725,-- - " -	(" " 870,--)
"	" 5 m ³ "	" 3270,-- - " -	(" " 3985,--)

Alle genannten Entgelte sind Nettoentgelte ohne der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

31. Änderung der privatrechtlichen Entgelte für die Entsorgung von Altpapier (Zl. 813)

Aufgrund der Verpackungsverordnung entstehen der Gemeinde bei der Entsorgung von Altpapier nun geringere Kosten, da keine Sortierkosten mehr in Rechnung gestellt und teilweise auch Kostenersätze geleistet werden.

Die privatrechtlichen Entgelte für die Entsorgung von Altpapier wurden neu berechnet und können ab dem Jahr 1995 gesenkt werden.

Das Entgelt pro Entleerung der Behälter soll wie folgt neu festgelegt werden:

Behälter mit 1100 l Nutzinhalt	S 210,--	(bisher S 340,--)
" " 240 l "	" 35,--	(" " 60,--)

Alle genannten Entgelte sind Nettoentgelte ohne der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

32. Errichtung eines Kinderspielplatzes in Gradnitz, Bestandvertrag mit Karl und Monika Ploderwaschl, Gradnitz 8 (Zl. 815)

In Gradnitz soll ein Kinderspielplatz errichtet werden.

Da der vorhandene Gemeindegrund hierfür nicht ausreicht, ist es erforderlich, von den Ehegatten Karl und Monika Ploderwaschl, Gradnitz 8, das Grundstück Nr. 38/1 der EZ 8 in Bestand zu nehmen. Das Bestandverhältnis soll vorerst mit zehn Jahren befristet werden und es wäre für diesen Zeitraum ein einmaliger Bestandzins von S 3880,-- zu entrichten.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

33. KG Stift Zwettl, Grundankauf für die Errichtung eines Spazier- bzw. Wanderweges in Richtung Edelhof (Zl. 840-1)

Der Dorferneuerungsverein Stift Zwettl plant in Zusammenarbeit mit der Gemeinde die Errichtung eines Spazier- bzw. Wanderweges in Richtung Edelhof.

Das Zisterzienserstift Zwettl ist bereit, der Gemeinde die erforderlichen Grundflächen zu verkaufen. Es handelt sich um Teilflächen der Grundstücke Nr. 281/38, 281/1, 292/1 und 467/11 im Gesamtausmaß von 512 m² zum Preis von S 10,--/m², sohin insgesamt S 5120,--, für den Spazierweg gemäß Vermessungs-urkunde des Dipl.-Ing. Ewald Schwarz, Zwettl, vom 15. September 1994, GZ: 7039 B/94.

Alle mit der Vertragserrichtung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben welcher Art auch immer, hätte die Gemeinde zu tragen.

Gleichzeitig wäre eine Verordnung zu beschließen, derzufolge die genannten Flächen als öffentliches Gut und gemäß § 32 Abs. 5 des NÖ Landesstraßengesetzes als Gemeindestraße zu widmen sind.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

StR. Johann Scharitzer stellt folgenden Zusatzantrag:

Zur Weiterführung des genannten Spazierweges bis zur Landesstraße 8253 ist es erforderlich, das Grundstück Nr. 300/1 der Landwirtschaftl. Fachschule Edelhof zu überqueren. Die Fachschule Edelhof hat sich bereit erklärt, ein diesbezügliches Benützungsbereinkommen auf die Dauer von 25 Jahren abzuschließen, wenn die Gemeinde die Pflichten des Wegerhalters übernimmt.

Es wird beantragt, dieses Benützungsbereinkommen zu genehmigen.

Über Anfrage von GR Bruno Gorski stellt der Bürgermeister fest, daß der Spazierweg nicht asphaltiert werden soll, sondern als Naturweg errichtet werden soll.

Sohin werden der Antrag des Stadtrates und der Zusatzantrag von StR. Johann Scharitzer

einstimmig genehmigt.

34. Bürgerspitalfondsstiftung Zwettl, Grundankauf (Zl. 908)

Barbara WOHLMUTH, Oberhof 13, hat der Bürgerspitalfondsstiftung Zwettl ihre Grundstücke Parz.Nr. 692 (4386 m²) und 693 (987 m²) der EZ 141 der KG Oberhof zum Preis von S 28,--/m² zum Kauf angeboten.

Weiters hätte die Stiftung alle mit dem Kauf und der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten zu tragen.

Es handelt sich um landwirtschaftlich genutzte Grundstücke (Acker und Wald).

Der Obmann der Bürgerspitalfondsstiftung Zwettl GR Franz Preiß beantragt die Genehmigung des Ankaufes.

Einstimmig genehmigt.

Im Anschluß an den öffentlichen Teil der Sitzung hält der Bürgermeister einen

J a h r e s r ü c k b l i c k

auf das Jahr 1994, auf die von der Gemeinde in den einzelnen Ressorts verwirklichten Vorhaben und die wesentlichsten Veranstaltungen und Aktivitäten.

Er dankt den dafür verantwortlichen Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates sowie der Frau Vizebürgermeister, den Bediensteten unter der Leitung des Stadtamtsdirektors, allen Vereinen und Organisationen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern.

Er wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1995.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL DER SITZUNG

Der Bürgermeister beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Einstimmig genehmigt.

Der folgende Teil der Sitzung ist nichtöffentlich und es wird hierüber ein eigenes Sitzungsprotokoll geführt.